



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 08.07.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Nachtrag 2010
(Vorberatung)
Akten-Nr. 2020-30

Vorl.Nr. 244/10

Es erfolgt keine Abstimmung.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium zum Nachtrag 2010 in schriftlicher Form vorliegende Vorlagen Nr. 244/10 und 245/10.

Anhand von Folien verdeutlichend macht nachfolgend Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) grundsätzliche erläuternde Ausführungen bezüglich Struktur und Zusammenhänge des diesmal getrennt dargestellten und aus zwei Teilen bestehenden Nachtragsplan 2010 mit dem Ziel, eine größere Transparenz zu erreichen. Im Nachtrag 1 seien dabei die schon in 2010 aktuell zur Haushaltskonsolidierung beitragenden Veränderungen dargestellt. Nachtrag 2 bestehe im Wesentlichen aus den sonstigen Veränderungen und stelle eine Aktualisierung der Planansätze unter Miteinfließen der Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung dar. In Zusammenfassung beider Nachträge werde als Ergebnis eine höhere Entnahme aus der allgemeinen Rücklage von 160.000 Euro benötigt.

Die Details erläuternd geht Herr **Kistler** (FB Finanzen) daraufhin ausführlich auf die wesentlichen Veränderungen und Positionen im Einzelnen ein und erläutert in Bezug auf beide Nachträge die Einnahmen- und Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes wie auch des Vermögenshaushaltes. Eine Zusammenfassung der summarischen Zusammenhänge von Nachtrag 1 und 2 sei im Vorbericht des Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2010, Vorl.Nr. 245/10 auf den Seiten 18 und 19 dargestellt.

Es folgt im Anschluss eine Aussprache innerhalb des Gremiums, wobei Dank für die ausführliche Darstellung ausgesprochen wird.

Stadtrat **Noz** stellt in Bezug auf die Entwicklung Ortsmitte Neckarweihingen klar, dass endlich etwas getan und ein Zeichen gesetzt werden müsse.

Sich seinem Vorredner anschließend betont Stadtrat **Juranek** die Wichtigkeit in Bezug auf das Einhalten der getroffenen Zusagen und den Stadtteilentwicklungsplan Neckarweihingen.

Auch für Stadtrat **Haag** ist Grundvoraussetzung ein Vorgehen der Gesamtentwicklung in Neckarweihingen.

Unter Bezugnahme auf den Grundsatz im kommunalen Haushaltswesen, dass Projekte nur angegangen werden dürfen, wenn die Finanzierung gesichert sei, sieht Stadtrat **Glasbrenner** den

Ausfall von Fördergeldern als problematisch und dramatisch an. Für nicht akzeptabel würde man eine Umschichtung auf andere Projekte halten.

Stadträtin **Burkhardt** spricht sich gegen den Verkauf von Grundstücken zur Haushaltsfinanzierung, für eine Sanierung vor Neubau sowie für die Verstärkung der Investitionen in den Energiesparbereich aus.

Sie stellt im Bereich der Investitionen im Sachzusammenhang für die Fraktionsgemeinschaft LUBU/Die Linke den Antrag, den Baubeginn des städtischen Museums Ludwigsburg zu verschieben, bis die Ergebnisse der Neuausschreibung der Baumaßnahmen und die Höhe der Zuschüsse schriftlich vorliegen und die Talsohle des Einnahmenrückgangs im städtischen Haushalt überwunden ist.

BM **Schmid** schlägt vor, den Antrag im Gemeinderat am 21.07.10 zu behandeln.

Zu den Maßnahmen in Neckarweihingen erläuternd macht BM **Schmid** nachfolgend Ausführungen in Bezug auf den Bau des Kleinpflegeheims, des Feuerwehrgerätehauses sowie des Nordknotens. Er geht ferner auf die Themen Strombergstraße, Stadtmuseum sowie Zuschüsse ein.

Auf Ausführungen und Fragestellungen aus der Mitte des Gremiums der Stadträte **Noz, Juranek, Glasbrenner, Gericke, Haag** sowie Stadträtin **Burkhardt** Bezug nehmend gehen im Anschluss Herr **Hornung** (FB Liegenschaften), Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft), Herr **Geiger** (Referat für Nachhaltige Stadtentwicklung), Herr **Kiedaisch** sowie Herr **Weber** (FB Tiefbau und Grünflächen) erläuternd insbesondere auf die Themen Grundstücksverkehr, Erschließung Waldäcker, Erschließungskosten Hintere Halden, Grunderwerb Arena, Gewerbebeeinträchtigungen und Gewerbeausgaben, Jägerhofpalais, Kinder- und Familienzentren, energetische Sanierung, Zusage und Einnahmenreduzierung von Zuweisungen, Konzessionsabgabe, Museum, Ludwigsburg-Fonds, Darlehensaufnahme, Beraterkosten, Grünunterhaltung, Straßenunterhaltung sowie auf die Frage der Verschiebung von Maßnahmen ein.

Es findet im Gremium hinsichtlich der Thematik der Zuweisungen und Fördermittel eine intensive und kontroverse Diskussion statt, in dessen Zusammenhang sich Stadtrat Glasbrenner getäuscht sieht und seitens Stadtrat Dr. Bohn die fehlende notwendige Offenheit gegenüber dem Gemeinderat bemängelt wird. Es erfolgen von Herrn **Geiger** ausführliche erläuternde Ausführungen zur Systematik des Nachtrags sowie zur Systematik im Zusammenhang mit den Sanierungsförderprogrammen.

BM **Schmid** erklärt, dass zum Thema Förderung in nichtöffentlicher Sitzung noch berichtet werden könne. Er verweist abschließend auf die weitere Beratung in den beschließenden Ausschüssen in der folgenden Woche.

TOP 1.1

Nachtrag 2010 - Anlage

Vorl.Nr. 245/10

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 1, Vorl.Nr. 244/10.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Mitteilungsvorlage Nr. 288/10.

Im Anschluss berichtet Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung) zum Stand der Umsetzung der Sondernutzungssatzung und erläutert die nächsten Schritte. Die der Vorlage als Anlage beigefügte Broschüre zu den Gestaltungsrichtlinien diene der Kommunikation der Richtlinien. Im Rahmen einer Powerpoint-Präsentation zeigt er Beispiele insbesondere in Bezug auf Kundenstopper, Passagenstelen und Warreenauslagen anhand von Bildern auf. Man versuche, gute und einvernehmliche Lösungen zu finden und eine Umsetzung mit Augenmaß zu betreiben.

In der nachfolgenden Aussprache bedauert Stadtrat **Noz**, dass man die Durchsetzung einer harten Lösung, wie sie jetzt ist, nicht habe verhindern können. Aus seiner Sicht habe man zu wenig Augenmerk auf die breite Schicht der Händler gelegt, sondern einzelne Handelsteile herausgegriffen. Er sieht Nachholbedarf zum Nachbessern auch beispielsweise bei der Plakatierung, so stelle die Verpflichtung, montags zu plakatieren und abzuräumen, für die Vereine Probleme dar. Bei Beschlussfassung habe man solche Feinheiten nicht erkannt und Nacharbeit jetzt notwendig. Positiv nehme man die Aussage mit, praktikable Lösungen zu finden.

Für den Bericht dankend bringt Stadtrat **Juraneck** zum Ausdruck, dass es sich hierbei um ein komplexes Thema mit hohem Aufwand handle. Man habe viel Geld in die Gestaltung der Freiflächen und Plätze gesteckt, sodass eine adäquate Möblierung dieser Fläche selbstverständlich sei. Auf die erforderliche Flexibilität in Bezug auf Konfliktfälle hinweisend erklärt er die Bereitschaft, gegebenenfalls rückwirkend nochmals in die Satzung einzugreifen.

Für den Bericht dankend erklärt Stadträtin **Steinwand** die weitere Unterstützung durch ihre Fraktion.

Für Stadtrat **Haag** sind die Bemühungen, in das Stadtbild eine gewisse Ordnung zu bringen, schon spürbar. Erwartet hätte er aber, dass die Thematik Stelen als Mittel, mit gut gestalteten Werbemöglichkeiten noch mehr Ordnung zu bringen, etwas offensiver angegangen werde. Bestandteil des Beschlusses sei gewesen, einen Probelauf über zwei Jahre zu machen und zu schauen, wie die Erfahrungen sind. Sollte sich tatsächlich herausstellen, dass man in dem einen oder anderen Punkt nochmals nacharbeiten müsse, werde man dies sicherlich tun.

Aus der Sicht von Stadträtin **Burkhardt** ist man auf dem richtigen Weg. Man habe nichts Negatives, sondern nur Positives gehört. Die Kundschaft finde es wunderbar, dass jetzt mehr Raum in der Innenstadt herrsche.

Stadtrat **Kirnbauer** hingegen berichtet über Aussagen von Einzelhändlern, die resigniert nach dem Beschluss der Sondernutzungssatzung keine Handlungsmöglichkeiten sehen würden.

Nach Meinung von Stadtrat **Dr. Bohn** ist der Kunde König und der städtische Raum für die Bevölkerung geschaffen worden. Der. Er sieht keine negative Auswirkung nach dem Wegfallen der Kundenstopper und die Innenstadt weiterhin gut frequentiert.

Auf Nachfrage von Stadtrat Seybold erläutert Herr **Kurt**, man habe den Eindruck, dass Akzeptanz in Bezug auf die Sondernutzungssatzung vorliege. Des Weiteren ausführend sei man im Moment noch bei der Auslegung der beschlossenen Richtlinien. Es bestehe genügend Flexibilität, zu reagieren und falls erforderlich, eine Anpassung der Regelungen vorzunehmen. Bezug nehmend auf das weitere Vorgehen im Zusammenhang mit den Passagenstelen führt er aus, dass dies aufgrund der damit verbundenen Kosten bedarfsabhängig bei Nachfrage erfolgen sollte.

Nachfolgend macht Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) erläuternde Ausführungen zur Plakatierung. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Einzelplakatierungen insbesondere an Bäumen oder Verkehrszeichen aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht vorgenommen werden dürften. Sollte es im Einzelfall tatsächlich zu Friktionen bei den Vereinen wegen den Aufstelltagen kommen werde man dies mitnehmen und prüfen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Lettrari erläutert Herr **Winkler**, dass das Fahrradfahren in der Fußgängerzone, mit Ausnahme des Marktplatzes, nicht gestattet sei.

TOP 3	Sanierung von Hauptverkehrsstraßen 2010 Heilbronner Straße, Marbacher Straße, Osterholzallee - Bau- und Vergabebeschluss	Vorl.Nr. 286/10
-------	---	-----------------

Beschluss:

Baubeschluss:

Die Heilbronner Straße zwischen Heilbronner Tor und Favoritegärten, die Marbacher Straße zwischen Bottwartalstraße und Heilbronner Tor sowie die Osterholzallee zwischen Weimarstraße und Talallee werden nach den Plänen des Fachbereichs Tiefbau und Grünflächen saniert.

Die Gesamtkosten betragen ca. 350.000,-- € (brutto)

Vergabebeschluss:

Die Firma Eurovia Teerbau aus Renningen erhält den Auftrag zur Durchführung der Sanierungsmaßnahme.

Die Vergabesumme beträgt:

Angebotssumme	328.122,03
+ Unvorhergesehenes ca. 6,7 %	<u>21.877,97 €</u>
Vergabesumme	<u>350.000,00 €</u> (brutto)

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium informiert, wenn die Kosten um mehr als 25.000,-- € überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.
Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen einstimmig angenommen.

Beratungsverlauf:

Einleitend verweist BM **Schmid** auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 286/10.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht.

In der nachfolgenden Aussprache weist Stadträtin **Burkhardt** nochmals darauf hin, dass es für den Verkehrsfluss sehr wichtig sei, in der Marbacher Straße und insbesondere auf der B 27 an den Straßeneinmündungen eine verkehrsabhängige Ampelschaltung einzubauen. Des Weiteren bitte man für künftige Straßensanierungen zu berücksichtigen, dass Straßen mit Omnibusverkehr vorgezogen werden und dies als wichtiges Kriterium mit aufzunehmen.

Stadtrat **Gericke** bittet in Bezug auf die Heilbronner Straße/Marbacher Straße als Knotenpunkt nachhaltig an einer Radwegeverbindung Richtung Hoheneck zu arbeiten.

Stadtrat **Rebholz** erklärt, man halte diese Maßnahme hier für sehr sinnvoll. Er spricht sich dafür aus, die Arbeiten in der der Osterholzallee ebenfalls in den Sommerferien durchzuführen.

Auf Nachfrage von Stadtrat Rebholz erläutert Herr **Wieland** (FB Tiefbau und Grünflächen), dass die Osterholzallee in der Verlängerung bis zur Kurfürstenstraße im Jahre 1986 saniert worden und noch in einem bedeutend besseren Zustand sei. Derzeit werde noch kein Sanierungsbedarf in diesem Abschnitt gesehen.

Es folgen erläuternde Ausführungen von Herr **Renz** (FB Tiefbau und Grünflächen) zur Verkehrsbedeutung der Osterholzallee, die nicht mit Bundes- und Landesstraßendurchfahrten oder der B 27 vergleichbar sei.

Abschließend stellt BM **Schmid** die Vorl.Nr. 286/10 im Gremium zur Abstimmung.

Anmerkend informiert Herr **Wieland** im Anschluss in Bezug auf die beabsichtigte erforderliche Sanierung der Jeni-Straße, die entsprechend der Vorgehensweise bei den Hauptverkehrsstraßen erfolgen solle. Man werde direkt nach den Sommerferien mit einem Bau- und Vergabebeschluss in das Gremium kommen.